
7. Zwischen Theorie und Praxis – Ausdifferenzierungen der Antifa seit 2000

7.1. Die Jahrtausendwende

In Deutschland und weltweit zeichneten sich seit dem Jahrtausendwechsel immer deutlicher die Konturen einer neoliberalen Weltordnung ab. Die Rechte von Lohnabhängigen wurden immer weiter eingeschränkt, von Gewerkschaftsseite zugunsten des Erhalts eines Betriebs schon mal auf Löhne verzichtet und die anwachsende Zahl der «Überflüssigen» mit Hartz IV und anderen Maßnahmen immer weiter gegängelt. Dies ging mit einer Modernisierung des Nationalismus einher: Deutschland sollte nun vor allem als Wirtschaftsstandort in der weltweiten Konkurrenz verteidigt werden.

Nach kurzen Jahren, in denen die radikale Linke und mit ihr die Antifa viele Hoffnungen in die sogenannte Antiglobalisierungsbewegung gesetzt hatte und sich international bei Protesten gegen die Gipfeltreffen von G8, IWF und Europäischer Union traf, wurde dies jäh unterbrochen von den Attentaten des 11. September 2001 und dem darauf folgenden «Krieg gegen den Terror». Am 11. September hatten islamistische Attentäter mehrere voll besetzte Passagierflugzeuge entführt und mit ihnen Anschläge auf das World Trade Center in New York sowie das Pentagon in Washington, D.C. verübt, bei denen fast dreitausend Menschen starben. Als Reaktion rief der damalige US-Präsident George W. Bush den «Krieg gegen den Terror» aus. Gemeinsam mit verbündeten Ländern, darunter auch Deutschland, wurde Afghanistan, regiert von den islamistischen Taliban, angegriffen und von NATO-Truppen besetzt. Formal wurden demokratische Institutionen geschaffen, bis heute herrscht im Land Krieg.

Zweites Ziel des «Krieges gegen den Terror» war der vom Diktator Saddam Hussein regierte Irak, der im Frühjahr 2003 angegriffen wurde. Das Land wurde militärisch besiegt und

dort ebenfalls eine formale Demokratie eingerichtet. Aufständische verübten bis heute Anschläge auf die ausländischen Truppen im Land, Regierungsangestellte und andere ZivilistInnen. Deutschland beteiligte sich nicht militärisch an diesem Krieg, sondern forderte unter anderem mit Frankreich eine politische Lösung des Konflikts. In Berlin nahmen knapp fünfhunderttausend Menschen an der größten Friedensdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland teil. Dass auch die Anti-Terror-Kriege keine «sauberen» waren, wie PolitikerInnen und Militärs versprachen, wurde vor allem deutlich, als Bilder von folternden amerikanischen SoldatInnen im Irak veröffentlicht wurden. Weltweiten Protest riefen außerdem die Entführungen Terrorverdächtiger aus unterschiedlichen Ländern sowie die menschenunwürdigen und grundrechtsverletzende Zustände im US-Internierungslager Guantánamo auf Kuba hervor.

Daneben wurde der Israel/Palästina-Konflikt zu einem zentralen Bezugspunkt der radikalen Linken, an dem sich viele Streits entzündeten. Der Konflikt selber hatte sich im Zuge der zweiten palästinensischen Intifada ab dem Jahr 2000 massiv verschärft. Im Gegensatz zu früheren Aufständen gegen die Besatzung war nun verstärkt der Islamismus zum ideologischen Motor der Angriffe auf israelische Einrichtungen, SoldatInnen und BürgerInnen geworden. Ein weiteres Novum stellte die Form der Angriffe dar: Waren es in den 1980er Jahren vor allem Aktionen zivilen Ungehorsams, Steine und Molotow-Cocktails gegen SoldatInnen und PolizistInnen, wurden nun Selbstmordattentate gegen ZivilistInnen verübt, deren Zahl erst nach Bau eines Sperrwalls im Westjordanland zurückging.

Diese Themen boten der radikalen Linken über Jahre Konfliktstoff, der zu diversen Auseinandersetzungen und Spaltungen führte. So war auch die Antifa in diesen Jahren von großer Zerrissenheit geprägt: Nach der Auflösung der AA/BO im Jahr 2001 differenzierte sich das Spektrum stark aus, Konflikte zwischen antideutschen und antiimperialistischen Zusammenhängen, die oftmals quer durch die Gruppen gingen, bestimmten das Bild und verunmöglichten in vielen Fällen eine weitere gemeinsame Arbeit. Entsprechend gingen die Konzepte, wie mit den gesellschaftlichen Entwicklungen umzugehen sei, immer weiter auseinander und erst in den letzten Jahren finden in Tei-

len der Antifa-Szene wieder Annäherungen und gegenseitige Bezüge statt.

Im Zuge des bereits im letzten Kapitel erwähnten «Aufstands der Anständigen» unter der rot-grünen Bundesregierung und der folgenden «Bündnisse gegen Rechts», in denen sich gewerkschaftliche und linksliberale Kreise engagierten, geriet auch das Selbstverständnis der Antifa zunächst in eine Krise. Die autonomen Antifas entwickelten in der Folge unterschiedliche Strategien des Umgangs hiermit.

Neben der Antiglobalisierungsbewegung rückten verschiedene weitere Themen in den Blick der Antifa: So fand vorübergehend auch wieder eine Annäherung zwischen Antifa und antirassistisch-autonomen Zusammenhängen statt: An sogenannten Grenzcamps, die, organisiert von Antira-Gruppen, unter anderem an der deutsch-polnischen Grenze, am Frankfurter Flughafen und auf europäischer Ebene in Straßburg stattfanden und die Abschiebungen, Rassismus und den Ausbau der «Festung Europa» thematisierten und angriffen, beteiligten sich auch viele Antifas.

Mit der Selbstinszenierung der Berliner Republik als «Aufarbeitungsweltmeister» ging eine Verschiebung im geschichtspolitischen Diskurs einher: Da die Verbrechen des Nationalsozialismus von Politik, Medien und großen Teilen der deutschen Bevölkerung nun als weitgehend «aufgearbeitet» angesehen wurden, rückte die Erinnerung an die «deutschen Opfer von Bombenkrieg und Vertreibung» in den Fokus der erinnerungspolitischen Auseinandersetzung. Beispielhaft dafür sind die jahrelangen Diskussionen um das vom Bund der Vertriebenen (BdV) geforderte «Zentrum gegen Vertreibungen», die breite Debatte um das Buch «Der Brand» des rechten Historikers Jörg Friedrich und insbesondere die Konflikte um die Erinnerung an die Bombardierung Dresdens im Februar 1945. Während der BdV die Umsiedlung und Vertreibung der Deutschen aus Polen und Tschechien nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Reihe mit dem Holocaust stellte, relativierte Jörg Friedrich die Verbrechen der Nazis, indem er die alliierten Bombardierungen Deutschlands sprachlich auf eine Stufe mit dessen Vernichtungskrieg stellte. Antifa-Gruppen reagierten auf diese Versuche einer Umdeutung der Geschichte, indem sie bundesweit Veranstaltungen des BdV, Lesungen von Jörg Friedrich und immer wieder

das nationale «Gedenken» anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens störten. Einen weiteren geschichtspolitischen Schwerpunkt stellten die antifaschistischen Mobilisierungen nach Mittenwald dar. Dort halten ehemalige Gebirgsjäger, die an verschiedenen Massakern im Zweiten Weltkrieg beteiligt waren, und Bundeswehrangehörige mit ihren SympathisantInnen seit gut fünfzig Jahren regelmäßig «Gedenkveranstaltungen» ab.

7.2. Spaltung der Antifa

Bereits Ende der 1990er Jahre hatte sich gezeigt, dass die AA/BO an ihre Grenzen gestoßen war und der Sommer 2000 mit dem «Aufstand der Anständigen» spitzte Konflikte und konzeptionelle Mängel der organisierten Antifa, die auch vorher schon existiert hatten, aber ab diesem Zeitpunkt offen zutage traten, radikal zu. Das «Konzept Antifa» wurde in Frage gestellt, neue Politikfelder diskutiert und bemängelt, dass der Ansatzpunkt Antifaschismus für die Reaktion auf neue gesellschaftliche Entwicklungen nicht ausreiche. Die Antifa «stand am Rande des Geschehens und wurde von der Rhetorik der verzivilgesellschafteten Öffentlichkeit überrannt. Die seit Jahren betriebene eigene Politik schien plötzlich zum Mainstream aufzusteigen (...). Während einige Gruppen an der praktizierten Politik festhielten, fingen andere an, neue Fragen über die Zukunft von Antifapolitik zu stellen. Die meisten Gruppen hingegen waren von der Situation so überrascht bzw. überwältigt, dass sie zunächst in Stagnation verharrten und nichts mehr taten», hieß es in einer Einschätzung.¹⁰⁶

Nachdem das BAT bereits sang- und klanglos von der Bildfläche verschwunden war, gab im April 2001 die AA/BO nach neun Jahren Aktivität ihre Auflösung bekannt. Vom 20. bis 22. April 2001 fand in Göttingen ein Antifa-Kongress mit über sechshundert TeilnehmerInnen statt, auf dem diese Entscheidung bekannt gegeben wurde und zudem eine Bestandsaufnahme der radikalen Linken sowie eine Neuorientierung der eigenen Politik

106 Bündnis gegen Rechts Leipzig / Rote Antifa Aktion Leipzig / Antifaschistische Aktion Berlin / Autonome Antifa [M]: 2001 – Das Jahr in dem wir Kontakt aufnehmen.